

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zerlagspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Von der bayerischen Eisen-, Maschinen- und Metallindustrie

Von Josef Kurth (München)

II

Neben der Kohlenversorgung kommt noch als maßgebend in Betracht die Versorgung mit Roheisen und Malleisen. Die bayerischen Hochofenwerke erzeugten 1912: 195.606 Tonnen Roheisen, das sie meist selbst weiter verarbeiteten, so daß noch rund 85.000 Tonnen von auswärts bezogen werden mußten. Obenan steht natürlich wiederum das Rheinland. Ihm folgen Hessen-Rhassau, Lothringen, Luxemburg und einige unbedeutende Erzeugungsgebiete mit ähnlich gelagerten Frachtverhältnissen wie bei der Kohle.

Von weit übertragender Bedeutung ist die Einfuhr von Stahl- und Formeisen, Schmiedeeisen, gegossenen, geschmiedeten oder gepreßten Formstücken, Platten und Blechen aller Art. Bei der Versorgung mit diesen Rohstoffen kommt das Saargebiet mit etwa 47 v. H. der gesamten Einfuhr nach Bayern in Betracht. Das Rheinland ist an der Einfuhr dieser Waren mit 27,4 v. H. beteiligt. Der Rest wird teils im Umschlagverkehr über Mannheim, Karlsruhe, teils aus schwächeren Erzeugungsgebieten heringebracht.

Die bayerische Industrie — sagt Dr. Schaumberger — vermag auch aus ihrer günstigen geographischen Lage zu den heimischen Hochofenwerken, vor allem in Amberg und Rosenburg keinen Vorteil zu ziehen, da diese Werke das von ihnen produzierte Roheisen unter den gleichen Bedingungen verkaufen, als wenn der inländische Verbraucher Roheisen von Luxemburg beziehen würde. Es wird also eine Fabrik in Nürnberg, welche von Amberg Roheisen bezieht, nicht mit der tatsächlichen Fracht von Amberg bis Nürnberg in Höhe von 2,5 M., sondern mit der Fracht von Luxemburg bis Nürnberg in Höhe von 12,4 M., also dem fünffachen Betrag belastet. Wühin ist es dem Verbraucher hinsichtlich der Fracht ganz gleichgültig, ob er seine Rohstoffe aus Luxemburg oder von den bayerischen Hochofenwerken bezieht. Ganz anders liegen die Verhältnisse im Rheinland: für die im Ruhrgebiet befindlichen Hochofenwerke ist die Frachtkategorie Oberhausen gewählt, welche für die weiterverarbeitende Industrie dieses Gebietes die denkbar günstigsten Bezugsbedingungen gewährt.

Welche Wirkungen das zahlenmäßig ausübt, zeigt die nachstehende Tabelle. Es stellen sich die Frachten vor allem also für Roheisen, daneben noch Kupfer-, Eisen- und Stahlbruch aus den wichtigsten Bezugsgebieten wie folgt:

nach	von					
	Weslar	Stegen	Oberhausen	Diebenhofen	Luxemburg	Saarbrücken
Augsburg	10,1	12,0	14,9	12,3	13,0	10,6
München	11,5	13,4	16,3	13,7	14,4	11,9
Nürnberg	7,6	9,6	12,4	12,0	12,4	10,2
Röln	4,6	3,4	2,7	6,9	6,5	7,3
Duisburg	6,2	4,9	0,8	8,4	7,8	8,8
Essen	6,1	4,4	1,0	8,3	7,9	8,7
Solingen	5,2	4,1	2,3	7,5	7,1	7,9

Die hier zahlenmäßig hervortretende Benachteiligung in den Frachttätzen ergibt sich in gleicher Weise für alle anderen Rohstoffe und Halbzeuge, auf deren Einfuhr Bayern angewiesen ist. Diese Mehrbelastung wird dort um so stärker fühlbar werden, wo es sich um die Weiterverarbeitung schwerer Stücke handelt, also in der eigentlichen Schwerindustrie, wogegen in den leichteren Industrien die Frachttätze doch mehr hinter dem Wert der Waren zurücktreten. Um einen konkreten Fall auszuwählen, seien die Frachttätze für die Eisenwerke mit denen Essens verglichen: die Fracht für Luxemburger Roheisen kostet nach Nürnberg 12,40 M., nach Essen 7,90 M. Das ergibt eine Mehrbelastung von 4,50 M. für die Tonne. Die Fracht für Formeisen kostet nach Nürnberg 18,30 M., nach Essen 1,00 M., das ergibt eine Mehrbelastung von 17,30 M. für die Tonne. Damit muß die bayerische Industrie von vornherein rechnen. Der Höchstbetrag erreichen diese Mehrkosten der bayerischen Industrie natürlich dann, wenn das fertige Erzeugnis im Rheinland selbst abgesetzt werden soll. In diesem Falle hat Nürnberg für eine Tonne Formeisen 18,30 M. zu bezahlen, für die Versendung einer Tonne Maschinenware nach Essen 24,3 M., zusammen also 42,60 M., während Essen für die Herbeischaffung seines Rohstoffes nur 1,1 M. aufzuwenden hat. Die Mehrbelastung Bayerns erreicht in diesem Falle die enorme Höhe von 41,5 M. für die Tonne. Hierbei sind aber sowohl die während des Bearbeitungsprozesses eintretenden Materialverluste in Höhe von 20 bis 30 v. H., als auch der Mehraufwand der bayerischen Industrie gegenüber der rheinischen an Straßentrassen infolge der ja viel teureren Kohle sowie an Schmiedehölzle völlig unberücksichtigt geblieben. Werden alle diese Momente noch in Rechnung gezogen, so gelangen wir zu dem von der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg errechneten Ergebnis, daß sich in Nürnberg die Erzeugung von einer Tonne Maschinen- oder Eisenware, welche im Rheinland ihren Absatz findet, um 46 M. teurer stellt als in gleichartigen Betrieben des Rheinlands.

Um sich trotz so widriger Umstände behaupten zu können, waren die bayerischen Maschinenfabriken genötigt, sich dem Bau von Spezialmaschinen zugewenden, die sie in technisch höchster Vollkommenheit herstellen und dadurch vielfach sogar eine Monopolstellung behaupten können. Wenn einzelne große Werke sich benachteiligt durch den allgemeinen Maschinenbau zuwenden konnten, so nur deshalb, weil deren Betriebe durch die großen Staatsaufträge, besonders von Eisenbahnbau, lebensfähig erhalten werden und den allgemeinen Maschinenbau daneben pflegen konnten. Außerdem aber läßt sich das Vorhandensein einiger großer Betriebe in der bayerischen Maschinenindustrie trotz der ungünstigen Erzeugungsverhältnisse auch geschichtlich begründen. Neuere Fabriken, die gleich mit einem großen Kapital errichtet werden, bestehen in Bayern nicht. Die großen Werke sind aus kleinen Anfängen heraus entstanden, dem allgemeinen Bedürfnisse

und dem sich entwickelnden Eisenbahnwesen genügend. Sie blieben auf eine lange Entwicklung zurück und verfügen über angesehenere Namen.

Wenn wir in aller Kürze noch die Ausführungsverhältnisse der bayerischen Metall- und Maschinenindustrie betrachten wollen, so ergibt sich hierfür das folgende: Rund 1 v. H. aller Betriebe mit 50 v. H. der beschäftigten Personen vermögen heute noch den Wettbewerb außerhalb Bayerns wagt zu erlangen. Die übrigen 99 v. H. arbeiten ausschließlich für die heimischen Bedürfnisse. Von der gesamten Ausfuhr entfällt allein auf Nürnberg 57,5 v. H. In das übrige teilen sich noch München, Augsburg, Würzburg und Schweinfurt. Die Großindustrie Münchens, welche ja überhaupt nur durch die bayerischen Staatsaufträge lebensfähig erhalten wird, findet fast bis zu 50 v. H. ihren Absatz auf dem heimischen Markt. Weitläufig am ungünstigsten stellt sich Nürnbergs Industrie, welche nur 13 v. H. ihrer gesamten Erzeugung in Bayern zur Veräußerung bringen kann.

Das Land, von dem sie (die bayerische Metall- und Maschinenindustrie) ihre Rohstoffe, die Kohle und vor allem das Eisen unter riesigen Frachtaufwendungen beziehen muß, erweist sich gleichzeitig als der beste Absatzmarkt unter den außerbayerischen Gebieten. Vor allem aber gibt sich in dieser Tatsache die hohe Entwicklung und technische Vollkommenheit dieser Industrie kund, welche imstande ist, in dem Land, das die niedrigsten Erzeugungskosten hat, konkurrenzfähig zu bleiben. Das ist allerdings nur den Fabriken möglich, welche sich auf die Erzeugung hochwertiger Spezialartikel verlegen und durch ihre Qualitätsware sich einen Vertrau erworben haben.

Zum Schluß wendet sich Dr. Schaumberger in seiner Vergleichsarbeit der Lohnfrage zu, die für uns am wichtigsten ist. Er beklagt zunächst die Schwierigkeiten, die sich einer genauen Erfassung der Lohn- und Verdienstverhältnisse entgegenstellen und deshalb einem Vergleich nur bedingten Wert verleihen. Von den Unternehmern dafür Unterlagen zu erhalten, war unmöglich, einzig und allein durch unsere Organisation war es möglich, zahlenmäßige Vergleiche über die Lohnhöhe anzustellen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Maschinenindustrie stützt sich zu einem wesentlichen Teil auf die niedrigeren Löhne. In einem Handelskammerbericht wird selbst angegeben, daß das bisherige gute Fortbestehen der bayerischen Maschinenindustrie neben den Vorteilen auf technischen Konstruktionsgebieten in verhältnismäßig niedrigeren Arbeitslöhnen gegenüber anderen Gebieten seinen Grund findet. Der Bericht erwähnt zwar weiter, daß die Löhne verschiedentlich im Steigen begriffen seien und nur mehr von einigen ganz besonders gelagerten Fabrikationsstellen in Deutschland übertroffen werden.

Man muß Dr. Schaumberger recht geben, wenn er die Lohnsummenachweise der Unfallberufsgenossenschaften oder den Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters nicht für ausreichend hält, um daran Schlüsse auf die tatsächlichen Lohnverhältnisse zu knüpfen. Immerhin aber gestattet ein Vergleich der Steigerung der nachgewiesenen Durchschnittsverdienste mit früheren Jahren ein Urteil darüber, ob die Lohnverhältnisse in der Maschinenindustrie Bayerns im Verhältnis zu denen des Rheinlandes sich wesentlich gebessert haben. Und da in dem Handelskammerbericht auch davon die Rede ist, daß die Löhne in Bayern nur mehr hinter einigen wenigen besonders gelagerten Fabrikationsstellen zurückstehen, so möge die nachfolgende Aufstellung das Verhältnis in den Jahren 1913 und 1915, und die in dieser Zeit erfolgte Lohnsteigerung in den einzelnen Gebieten des Reiches zeigen. Gegen das Rheinland bleibt hier Bayern zum Teil ganz bedeutend zurück. Hinter Bayern bleiben nur Lothringen und mit diesem die bayerische Rheinpfalz sowie Sachsen und Thüringen zurück.

Der Jahresdurchschnittslohn betrug in Mark:

Berufsgenossenschaft	1913	1915	v. H.
Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerk	1641	1961	+ 18
Süddeutsche Eisen- und Stahl	1336	1429	+ 7
Südwestdeutsche Eisen- und Stahl	1409	1413	+ 1
Maschinenbau- und Kleinereisen	1423	1559	+ 9
Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl	1277	1325	+ 4
Norddeutsche Eisen- und Stahl	1321	1640	+ 24
Sächsische Eisen- und Stahl	1151	1226	+ 7
Nordwestdeutsche Eisen- und Stahl	1517	1756	+ 16

Wenn wir uns dann den von Dr. Schaumberger verwendeten Zahlen aus unserem Verbandsverdienst, so ergibt sich folgendes Bild:

Berufe	Bayern		Rheinland	
	Stundenlohn	Wortverdienst	Stundenlohn	Wortverdienst
Eisendreher	42-60	65-85	50-70	75-90
Façon- u. Schraubendreher	—	55-68	—	60-70
Schlosser und Schmiede	42-60	60-85	45-65	60-70
Maschinenarbeiter	36-46	50-65	50-60	60-75
Werkzeugmacher	55-63	—	60-80	—
Eisenwärmer	45-60	60-75	50-60	60-50
Metallformer	45-60	60-75	50-60	70-80
Kernmacher	36-46	50-65	40-50	60-60
Gießarbeiter	34-45	—	40-50	—

Die Betrachtung der vom Metallarbeiter-Verband angegebenen Lohnsätze, noch mehr aber die aufs höchste gesteigerte Produktivität dieses auf den Erzeugungsprozess eingearbeiteten und mit den besten Hilfsmitteln ausgerüsteten bayerischen Arbeiterstammes unserer großen modernen Werke widerspricht damit der Behauptung der Großindustrie, daß die Löhne in Bayern heute genau so hoch seien als im Rheinland. Das nimmt vielleicht in manchen Fällen ab, niemals jedoch auch relativ.

Mit dieser Relativität hat Dr. Schaumberger das Verhältnis zwischen Produktivität und Arbeitslohn im Auge und an einer vorherigen Stelle äußert er sich wörtlich: „Es werden mit Hilfe angesehener, in denen rheinische, hochqualifizierte Arbeiter, welche

unseren bayerischen Arbeitern gewiß nicht an Intelligenz und Fähigkeit nachstehen, im Akkordsystem nicht die von den bayerischen Arbeitern erzielten Resultate aufweisen konnten. Auf dieser während der jahrelang geübten gleichen Tätigkeit angeeigneten Gewandtheit des Arbeiterstammes, auf diesem Eingearbeitetsein auf den Produktionsprozess beruht in erster Linie der Fortschritt der bayerischen Industrie gegenüber den Konkurrenzgebieten.“

Wenn demgegenüber auf der IX. Hauptversammlung des bayerischen Industriellen-Verbandes bemerkt wurde, daß die Arbeiterverhältnisse in Bayern ungünstiger seien als in anderen Bundesstaaten, besonders stünde auch die Arbeitsintensität der anderen Gebieten erheblich nach, so bestreitet dies Dr. Schaumberger bezüglich der Großbetriebe — und diese kommen doch hier in Frage — ganz entschieden. „Angesichts solcher Behauptungen“, so fährt er dann fort, „muß es aber doch etwas wunderbar erscheinen, wie die bayerische Maschinenindustrie, die demnach in allen Richtungen unter weitläufig ungünstigeren Bedingungen produziert als die norddeutsche Konkurrenz, ihre Wettbewerbsfähigkeit in dem heutigen Umfang aufrecht erhalten kann, auch wenn sie sich mit der Erzeugung von Spezialartikeln mit mehr oder minder ausgeprägtem Monopolcharakter befaßt, zumal ja die Industrie selbst zugibt, daß die Vorkämpfer auf technischen Konstruktionsgebieten, die neben den bisherigen niedrigeren Löhnen ihr Bestehen ermöglichten, heute in kurzer Zeit Gemeingut werden.“

Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen. Eine Besserung der ungünstigeren Erzeugungsverhältnisse der bayerischen Eisen-, Maschinen- und Metallindustrie erwartet der Verfasser durch den Ausbau der bayerischen Wasserstraßen, durch eine großzügige Verkehrspolitik, in der ein Großschiffahrtsweg die Frachtverhältnisse verbilligen würde. Eine weitere Hoffnung setzt er auf einen Ausbau der reichen bayerischen Wasserkraft, die eine Senkung der Kraftkosten herbeiführen vermöchten. In einem späteren Aufsatz ist vielleicht noch Gelegenheit geboten, auf diese beiden Fragen zurückzukommen.

Wir gingen bei Betrachtung der Arbeit Dr. Schaumbergers davon aus, daß es auch für die Arbeiterschaft lehrreich sei, die Verhältnisse und Ursachen eines bestimmten Erzeugungsgebietes genauer kennen zu lernen. Dabei dürfen wir vor ungünstigen Verhältnissen die Augen nicht verschließen, sondern vielmehr von ihnen aus folgern, was zur Besserung einer Stellung zum Besseren geschehen kann und muß. Daß die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Metall- und Maschinenindustrie natürlich nicht auf Kosten der Arbeiterschaft und deren Lebenshaltung geschehen darf, ist klar. Das zu verhindern vermag nur die Organisation, wenn sie genügend umfangreich und kräftig ist. Ja, sie hat sogar darüber hinaus die Aufgabe, das Los der Arbeiter fortgesetzt zu verbessern, mögen ihr auch noch so starke Kräfte entgegenwirken. Dann aber ist es noch notwendig, daß die Arbeiterschaft wirksamen Anteil nimmt an den wirtschaftspolitischen Verhältnissen des Landes, die bis jetzt dank des starken Einflusses des Reiches und der bürgerlichen Kreise mehr auf die Wahrung der Machtstellung der letzteren, denn auf das ganze Volkswohl gerichtet waren. So wird denn die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Metall- und Maschinenindustrie mehr und mehr auch eine politische Nachfrage, bei der die Arbeiterschaft nicht ohne Belang ist. Einseitige Wirtschaftspolitik im Unternehmertum sollten dies auch einsehen und danach ihre Stellung zu den Organisationen der Arbeiter einrichten. Bei der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen werden sich die Arbeiter nicht mehr ausschalten lassen.

Um die industrielle Vormacht

In dem unbeschreiblich gewaltigen Ringen, das seit 32 Monaten die Welt mit Tod und Vernichtung erfüllt, hebt sich der Kampf Deutschlands mit England als die eigentliche Haupthandlung heraus. Zur See ist ja der Krieg fast ein Zweikampf zwischen beiden furchtbaren Nebenbuhlern. Allein nicht in dieser äußerlichen Tatsache ruht die Bedeutung des tödlichen Gegensatzes, der die stammesverwandten germanischen Völker trennt. Es stehen einander gegenüber die zwei Staaten, die in Europa am stärksten und vollkommensten das industrielle Erbe an sich tragen. Ihr Kampf, entspringen aus der wirtschaftlichen Eifersucht Englands, trachtet nach wirtschaftlichen Zielen, dreht sich um die Herrschaft über die Meere, um die Handelsvormacht. Wurde England durch den eroberungsgierigen Panlamarismus, Italien durch die nationale Ueberspannung des Einheitsgedankens, Frankreich durch den Wahn der Rache und der europäischen Vorrangstellung in den Streit gezogen, so lassen sich Englands Kriegsabsichten sozusagen in den Ziffern der Handelsstatistik ausdrücken. Es war das letzte Sturmzeichen, als die Zahlen, in denen sich die Ein- und Ausfuhrwerte des deutschen Außenhandels für das Jahr 1913 ausdrückten, mit lauter Stimme verkündeten, daß der deutsche Handel dem englischen nicht auf den Fersen folge. 10.770 Millionen Mark betrug die deutsche Einfuhr, 10.098 Millionen die deutsche Ausfuhr, und die englische Einfuhr 15.688 Millionen, die englische Ausfuhr 10.719 Millionen. War da überhaupt noch ein Fortschritt? War die stolze Handelskönigin nicht vielmehr schon überholt? Die 5000 Millionen, welche das Reich der Ausfuhr bezeichnen, konnte Großbritannien schwerlich auf die gute Seite buchen. Denn die größere Einfuhr war der Tatsache geschuldet, daß die Engländer ihre Acker, von Jahr zu Jahr zunehmend, in Weiden und Jagdgebiete hietzen zurückbilden lassen, daß die Flächen des Insellandes nur noch 15 von den 46 Millionen der Landesbevölkerung zu ernähren vermochten. Diese Schwinderei des Ackerbaues konnte man sich doch nicht zum Vorteil rechnen. Und das Reich der Ausfuhr — die 621 Millionen Mark? Was bedeutete es bei dem raschen Wachstum des deutschen Handels? Nichts, ja vielleicht weniger als nichts. Denn erzwang man, daß von der britischen Ausfuhr gegen 3000 Millionen nach den eigenen Kolonien gingen wo

britische Ware eine Vorzugstellung genoss, und zog man diese Ziffer ab, so ergab sich nämlich, daß Deutschland auf dem beiden gleich zugänglichen Weltmarkt Englands bereits weit überflügelt hatte.

Wenn etwas das Besorgniserregende dieser Wahrnehmung verschärfen konnte, so war es die Erkenntnis, daß sich hier ein Umschwung mit bestimmender Geschwindigkeit vollzog. Denn wenn auch der englische Handel stets mächtig weiterwuchs, so hatte er doch in den letzten dreißig Jahren bloß um 23 v. H. zugenommen, der Deutschlands aber um 76 v. H. Und ging man nun näher auf die Dinge ein, so stieß man auf Tatsachen, die eine noch bedrohendere Sprache führten. Eisen und Kohle pflegt man die beiden Pfeiler der modernen Industrie zu nennen. Ein Menschenalter zurück, 1870, damals, als sich das deutsche Volk erst aus seiner Zersplitterung zu staatlicher Einheit erhob, saß England als Eisenerzeuger wie als Kohlenförderer thronend über der Welt. Es gewann 14 601 000 Tonnen Eisenerz, erzeugte 6 059 000 Tonnen Roheisen und förderte 120 Millionen Tonnen Kohlen. Wie bescheiden trat zu jener Zeit Deutschland auf: mit 3 839 000 Tonnen Eisenerz, 1 391 000 Tonnen Roheisen und 31 Millionen Tonnen Kohlen. Doch schon um die Jahrhundertwende war Deutschland als Eisen- und Stahlerzeuger über England hinausgeschritten: es gewann 18 964 000 Tonnen Eisenerz, England bloß 14 282; es erzeugte 8 520 000 Tonnen Roheisen und 6645 Tonnen Stahl, England 9 003 000 Tonnen Roheisen und 6 645 000 Tonnen Stahl. 1913 war Deutschland auch schon drauf und dran, die Kohlenförderung Englands einzuholen; es bracht aus seinen Schächten 279 Millionen Tonnen, England 292 Millionen. Und vollends war die Eisen- und Stahlproduktion beider kaum noch zu vergleichen, brachte doch Deutschland in diesem letzten Jahre vor dem Kriege 19 389 000 Tonnen Roheisen und 19 023 000 Tonnen Kohlen hervor, England bloß 10 649 000 Tonnen Roheisen und 7 768 000 Tonnen Kohlen. Der Stahlverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung hatte schon 1902 in Deutschland mit 292 englischen Pfund das englische Kopfsmaß von 253 Pfund weit überschritten. Stahlverbrauch bedeutet aber in erster Reihe Entfaltung der Maschinenindustrie.

Wie war das nur gekommen? Um die Mitte des 19. Jahrhunderts stand Deutschland zu den Engländern fast in dem Verhältnis einer Kolonie. Noch heute erinnern im deutschen Bergbau die Jargonnamen „Hibernia“, „Schorlud“, „Hömitz“ an die Zeiten, da englisches und belgisches Kapital ins Land strömen durfte, um die Kohlenflöze abzubauen. Der „Nordstern“ veröffentlichte erst 1888 seinen ersten deutschen Geschäftsbericht. Deutsche Textilfabriken arbeiteten am liebsten mit englischen Baumwollen, Kuddel- und Walzwerke hohes Geld, um englische Walzmeister heranzuziehen. Steine für Kuddel- und Schmelzöfen, Drehbänke, Walzen, Kreisbögen, ganze Maschinen und Maschinenteile aller Art bezog die deutsche Eisenindustrie aus England. Bis in die Siebzigerjahre wurden nahezu alle deutschen Kriegsschiffe in England gebaut, erst 1886 verpflichtete sich die deutsche Privatflottenflotte, den Profilstahl, den sie bis dahin aus England bezogen hatten, deutschen Werken in Auftrag zu geben. Erhoben zu jenen Zeiten nicht in den meisten deutschen Städten „die englischen Gaswerke“ ihre Siegeszeichen? Und nun alles was umgekehrt: Deutschland als eisen- und stahlzeugendes Land weit im Vordergrund. Hollands in den neuesten Gewerbezeuigen, in der chemischen Industrie und in der Elektrotechnik, wie groß war jetzt der deutsche Vorkurs! Vor fünfzig Jahren war Englands chemische Industrie auf dem Weltmarkt führend, doch schon vor zwanzig Jahren hielt sie der deutschen kaum noch die Waage. 1895 führte Deutschland chemische Waren für 301 Millionen aus, England für 271 Millionen; 1905 verhielt sich die Ausfuhr beider wie 475 Millionen zu 309 Millionen. In den letzten Jahren vor dem Kriege siegte die deutsche Überlegenheit ins Unabsehbare. Die Weltstellung auf dem Markt der chemischen Waren hatte nun Deutschland inne, in manchen Erzeugungszeuigen ein führendes Monopol.

Darum sah also England in seiner Erwerbsmöglichkeit bedroht fühlen? Jog es das Schicksal in aufgedrungener Notwehr? Nichts wäre irriger als dieser Glaube. Im Besitz der kostbarsten Kolonien, von denen Indien allein einen nach Hunderten von Millionen zu bewertenden Tribut in jeder Form nach England sendet, in der Herrschaft über das Meer, als erster Seemacht, als Vorkämpfer der Welt, dessen Besatz Beteiligungen hatten, dessen Hauptstadt London der leitende Vorkämpfer der Welt war, nahm England noch immer eine unergiebliche wirtschaftliche Marktstellung ein. Selbst in der Industrie gab es Gebiete, in denen England seine Vormacht nicht nur behauptete, sondern sogar in den letzten Jahren noch zu erweitern vermochte: das waren vor allem die Textilindustrie und der Schiffbau. Von 1903 bis 1907 vermehrte sich die Zahl der englischen Baumwollspinnstühle um 17 v. H., die der Baumwollwebstühle um 12 v. H. 1913 besaß England 55 623 820 Spinnstühle und 500 000 Webstühle, Deutschland 11 951 583 Spinnstühle, 286 008 Webstühle, und der Wert der englischen Textilausfuhr belief sich auf 3609 Millionen gegen 1083 Millionen der deutschen Ausfuhr. Im Schiffbau gar stand Englands Vorkämpfer bis zuletzt unangefochten fest. Von 2 456 224 Tonnen, die 1912 gebaut wurden, entfielen auf die britischen Werften 1 602 709 Tonnen, auf die zweitbesten, die deutschen, erst 343 516 Tonnen.

Kein, noch vor Deutschland lange nicht daran, den kapitalistischen Schwerpunkt der Welt in sein Gebiet zu verdrängen, und wenn das Uebergewicht des Reichs von England schon so groß, so weit eher zugunsten des jungen Amerika. Doch fühlbar siegte Deutschland, trotzdem es spät gekommen war, trotz der Ungunst seiner geographischen Lage, trotz des Mangels weithinlicher Kolonien und ihrer geschützten Absatzmärkte, zur Oberherrlichkeit empor. Mit peinlichen Gewissen wurde England inne, daß die eigene Bedrohung von Japan, der japanischen Industrie, der jähren Hies der Arbeiter, die vollkommeneren Arbeitsmethoden des Handels, der Rückgang an dem inneren Markt einer blühenden Landwirtschaft Deutschlands unangekündigt immer von Natur aus anwachsende Konkurrenz rascher noch vorwärts führte, in einem Schrittschritt, in dem die britische Industrie mitgezogen nicht vermochte. Sollte es nach hundertjähriger Weltherrschaft sich kaputt machen, zur Stellung des ersten unter Gleichen herabsinken? Sicher wollte es den unheimlichen Weltmeister mit dem Schwert überfallen, wie einst Götter und Jenseitigen.

(Fortsetzung des Artikels, Nr. 3)

Großbritanniens Volkswirtschaft

Die Volkswirtschaft Großbritanniens ist in mancher Beziehung eigenartig geartet. Industrie und Handel stehen ganz im Vordergrund, von ihnen hängt der weitaus größte Teil der Bevölkerung in der Gewinnung des Lebensunterhalts ab. Die Landwirtschaft tritt dagegen im allgemeinen fast zurück. Nur in Schottland und Wales, in einigen entlegenen Berggegenden und im südlichen England ist sie noch von einiger Bedeutung. Die Bevölkerung ist weit über den Subsistenzmittelpunkt hinaus gewachsen, den die einheimische Erzeugung von Nahrungsmitteln gewährt. Großbritannien ist weiter als irgend ein anderer Staat der Erde von dem Ausland abhängig, der Subsistenzmittel oder Rohstoffe liefert. Die Wirtschaftspolitik hat sich entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen gewandelt. Als Großbritannien um den Beginn des 19. Jahrhunderts ein Handels- und Seemacht wurde, verfolgte es die Politik des Freihandels, der freiesten Begünstigung der einheimischen Industrie

und deren ausgiebiger Ausnützung zur Stärkung der Staatsmacht. Nachdem dieser Vorzug erungen worden war, waren Schutzzölle und andere staatliche Schutzmaßregeln nicht mehr nötig, ja bedeuteten eine Last, da sie die Erzeugnisse unnötig verteuerten, den Fortschritt hemmten, unsichere Erwerbszweige am Leben erhielten. Es kam die Zeit des Freihandels, an dem bis zum Kriege festgehalten wurde. Ob nachher zum Schutzzoll mit Begünstigung der eigenen Kolonien und gewisser anderer Staaten übergegangen werden wird, ist noch unsicher.

Der Landwirtschaft, namentlich dem Ackerbau, ist das Klima der britischen Inseln nicht besonders günstig; denn Irland und die ganze Westküste der Hauptinsel sind zu feucht, das nördliche Schottland und die Gebirge und Hochländer auch zu rau für den Ackerbau. Südost-England ist klimatisch für den Getreidebau geeignet und hat daher früher starken Getreidebau gehabt. Gegenwärtig spielt die Landwirtschaft für die Ernährung des Volkes nur noch eine Nebenrolle und hat gerade den Getreidebau ziemlich fallen lassen können. In dem halben Jahrhundert von 1851 bis 1901 hat sich die landwirtschaftliche tätige Bevölkerung auf die Hälfte, die mit Weizen bestellte Fläche auf ein Drittel vermindert. Der Ackerbau tritt gegenüber der Viehzucht weit zurück, für die Klima und Boden besser geeignet sind. Da der englische Landwirt ein ausgeprochenes Geschick für Tierzucht hat, erzielt er Mastvieh von großem Gewicht und ausreiferer Beschaffenheit. Man wird darum der englischen Viehzucht nicht gerecht, wenn man sie, wie öfters geschieht, nach der Zahl der Tiere beurteilt; denn das einzelne Tier fällt, im wörtlichen Sinne, viel mehr ins Gewicht als meist auf dem Festlande. Der Mastviehtrieb hat, mit Ausnahme der Nachbarschaft Londons und der großen Fabrikschäde, geringere Bedeutung.

Zwei große Aufgaben stehen uns nach dem Kriege bevor, und wir können nicht früh genug ansetzen, an ihrer Lösung zu arbeiten: erstens, nach der ungeheuren Schwächung des Volkes an Menschenleben und Vermögenswerten für eine möglichst baldige Gesundung und Kräftigung zu sorgen, und zweitens, die Anarchie in der Völkergemeinschaft zu beseitigen, die über kurz oder lang wieder zu einem Kriege führen würde.

Freilich, die Holzwärmer werden auch nach dem Kriege Holzwärmer bleiben. Aber viel von dem alten morischen Zeug, in dem sie sich wohlfühlten, wird es nicht mehr geben. Der Krieg hat gar manchen Krepel aus Ackerbauern zerfressen und die Völker werden ihre Wohnungen ganz neu einrichten müssen, und man wird dabei sehr sparsam sein müssen! Man wird anfangen müssen, über Zwecke nachzudenken und über die einfachste und billigste Weise, sie zu erfüllen, und man wird finden, daß der Luxus der Gedankenlosigkeit und das bequeme Ablehnen jeder Neuerung (weil man doch bisher mit dem alten „so gut“ ausgekommen sei) eine Verschwendung ist, die man sich nicht mehr leisten kann, denn diese Gedankenlosigkeit und Bequemlichkeit haben zu dem Weltbrande geführt, den man doch nicht noch einmal über sich hereinbrechen lassen möchte, geschweige denn, daß die unzähligen Menschen, die so schmerzlich unter ihm gelitten haben, tuden werden, daß man aus den Resten ihres Hausrates Scheite sammelt, um ihn aufs neue zu entfachen. (Aus: Kultur und Sprache. Von S. Heimkamp. Mit Deutsches Verlagshaus, G. m. b. H. Berlin-Charlottenburg. 28. Brief.)

Der Bergbau ist in Großbritannien von hoher Bedeutung. Im Mittelalter bis in die Neuzeit haben Zinn und Blei eine große Rolle gespielt. Heute ist die Kohle die wichtigste Grundlage der britischen Volkswirtschaft; die Kohlengewinnung ist die Grundlage der Industrie geworden. Großbritannien ist, wie Professor Dr. A. Gellner zutreffend sagt, wohl nicht das lohmreichste Land Europas und erst recht nicht der Erde, aber seine Kohle gewann zuerst Bedeutung, weil hier durch die wirtschaftliche Entwicklung zuerst Bedarf danach entstand. Sie ist größtenteils von sehr guter Beschaffenheit und hat für die Ausfuhr den Vorzug, daß die meisten Lagerstätten nahe, ja teilweise unmittelbar an und unter dem Meere liegen. Wenngleich sich einzelne Kohlengebiete, besonders das von Süd-Schottland, der Erzeugung nähern, so ist doch die britische Kohlenförderung noch in ständiger Steigerung begriffen und beträgt heute 275 Millionen Tonnen im Werte von 2 1/2 Milliarden Mark im Jahre. Außer dem Kohlenbergbau ist noch die Gewinnung von Eisenerz von besonderer Wichtigkeit; sie wird auf 80 Millionen Mark im Jahre bewertet. Von anderen mineralischen Stoffen kommen für die englische Volkswirtschaft etwa noch die Porzellanerde von Staffordshire, der Graphit von Borrowdale in Cumberland und namentlich das Steinsalz von Cheshire in Betracht. Der Kohlen- und Eisenerzabbau bildet die Grundlage des gewaltigen Aufschwungs der britischen Industrie. Heute muß allerdings ein beträchtlicher Teil des für die Industrie nötigen Eisens eingeführt werden. Auch hinsichtlich anderer Rohstoffe hängt das Land fast, ja vorwiegend, von der Einfuhr ab. Dieser Mangel an Rohstoffen ist zweifellos ein Hauptgrund der englischen Industrie, wie in ähnlicher Weise auch der deutschen gegenüber der amerikanischen und russischen, aber auch der japanischen und indonesischen Industrie, die mehr mit heimischen Rohstoffen arbeiten.

Einem großen Vorzug vor vielen, aber keineswegs vor allen anderen Ländern, am wenigsten vor uns und den Vereinigten Staaten, hat die englische Industrie im Charakter der Bevölkerung, aus der sowohl energiegelade und weitsichtige Unternehmer wie tüchtige und intelligente Arbeiter hervorgehen. Die einzelnen Industriezweige sind recht verschieden entwickelt, je nach den Erzeugnissen und Absatzbedingungen. Die meisten Industriezweige sind ausgeprochen lokalisiert, auf gewisse Districten beschränkt. Zu den wichtigsten Industriezweigen gehört die Bekleidungsindustrie, die sich ursprünglich an die heimische Erzeugung angeschlossen, jetzt aber ebenso sehr und mehr auswärtige Erze bezieht. Gellner sagt: England besitzt hierin einen Vorzug vor Deutschland, dessen Güntertorte meist im Binnenlande liegen und daher mit größeren Transportkosten behaftet sind. Erze zu beziehen haben. Wenn trotzdem die englische Stahlgewinnung von der deutschen überholt werden ist, so hat das in deren größerer technischer Vollkommenheit seinen Grund. Im Anschluß an die Eisen- und Stahlgewinnung ist auch die Verarbeitung von Eisen und Stahl in jeder Form, sowohl der Maschinen- und Schiffbau als der Bau von Brücken und anderen Bauwerken wie die Herstellung von Werkzeugen, Sägen und ähnlichen Werkzeugen sehr groß. Noch wichtiger aber als die Metallindustrie ist die Textilindustrie. In erster Linie steht die Baumwollverarbeitung, die ihren Sitz in Lancashire und im westlichen Schottland hat; weiter durch die Begünstigung der Fuhre wird sie hier auch durch die Fruchtbarkeit des Klimas begünstigt, die feinere Seide zu spinnen erlaubt. In zweiter Linie folgen Wolle, Leinen- und Seidenmanufaktur und -weberei. Dagegen ist die Seidenverarbeitung verhältnismäßig gering und steht hinter der französischen und der italienischen zurück, die sich in massenhaftem Ausmaß an die Seidenzucht angeschlossen haben. Auch andere Industriezweige leisten Tüchtiges und bringen durch die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse Geld ins Land, wenn sie sich auch mit den genannten nicht vergleichen lassen. In manchen Zweigen der Industrie, besonders in der chemischen Industrie, der Glasindustrie und auch der Lebensmittel-, in England hinter den kontinentalen Ländern zurückgeblieben.

Bei einer Gefahrung der Volkswirtschaft wie in Großbritannien sind Handel und Verkehr von hervorragender Wichtigkeit. In der Befahrung der Einfuhr eigener Erzeugnisse und der Ausfuhr von Waren für den eigenen Bedarf, die kein neues Einkommen

* Gellner: England, Bergbau. 3. Auflage. Leipzig 1917.

bringen, da ihre Unkosten den Ein- oder Verkaufspreisen zugeschlagen werden müssen, hat sich in Großbritannien die Vermittlung der Ein- und Ausfuhr anderer Länder als besondere Erwerbquelle entwickelt; überdies ist durch sie Einfluß auf die Volkswirtschaft fremder Länder gewonnen worden. Lange Zeit und bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts war der britische Handel überragend. Seither ist sein Anteil am gesamten Weltmarkt zurückgegangen. Solange der Bedarf der anderen europäischen Länder an überseeischen Nahrungsmitteln und Rohstoffen und ebenso ihre Ausfuhr von Fabrikaten gering war, war es viel bequemer und billiger, alles über England zu beziehen oder zu versenden, wo schon zum Zwecke des Eigenhandels alle Einrichtungen vorhanden waren. So erklärt es sich, daß für die meisten Gegenstände des Welthandels London, Liverpool, Manchester, Zentralmärkte wurden, daß die großen in London abgehaltenen Versteigerungen für den Weltmarkt maßgebend wurden und nur für verhältnismäßig wenige Waren selbständige Märkte in anderen Ländern bestanden blieben. Aber die Zunahme der Bevölkerung und wirtschaftlichen Kraft in den kontinentalen Ländern und die fortschreitende Umbildung von der in sich selbst befriedigten Naturalwirtschaft zu einer auf Austausch angelegten Verkehrgewirtschaft vermehren den Handel dieser Länder so sehr, daß er selbständige Transport- und Einrichtungen lohnte. So sind immer mehr kontinentale Schifffahrtslinien entstanden, hat sich der kontinentale Handel immer mehr von englischen frei gemacht, haben sich in Hamburg, Bremen, Antwerpen, Amsterdam, Havre und anderen Handelsstädten des Festlandes selbständige Märkte für überseeische Erzeugnisse ausgebildet und dehnen ihren Einfluß immer mehr auf Länder aus, die früher Hinterland des englischen Handels waren, beginnt sich auch der Geldverkehr von der englischen Vermittlung zu befreien.

Sehr gefördert wurde die britische Volkswirtschaft durch den ausgebreiteten Kolonialbesitz Großbritanniens, der sich über alle Klimazonen erstreckt und an Rohstoffen wie auch Wohlprodukten für die Industrie ungemein reich ist. Viele britische Volkswirtschaftler und Politiker hegen den Plan eines erweiterten wirtschaftlichen Zusammenschlusses dieses Weltreiches nach dem Kriege, um auf diese Weise Großbritanniens eine fast völlige Unabhängigkeit von Fremdländern zu sichern. Doch ist es fraglich, wie weit dieser wirtschaftliche Zusammenschluß ausführbar ist.

Zur ungeteilten Arbeitszeit

Den Kollegen, die so sehr die rasche Einführung der ungeteilten Arbeitszeit herbeiwünschen und sich wundern, daß die Arbeiterchaft nicht mit beiden Füßen in diese „genetische Neuerung“ hineinspringen will, sondern vorzieht, sich zurückzuziehen, mögen nachstehende Zeilen zur Würdigung dienen:

Die ungeteilte Arbeitszeit soll wesentliche Fortschritte für Unternehmer und Arbeiter mit sich bringen. Solches soll zunächst unbestritten sein; wenn man aber von Vorteilen beider Gruppen spricht, also Unternehmer und Arbeiter, so ist es doch nicht gleichgültig, festzustellen, welche Gruppe den größten Vorteil dabei erreicht und wer mehr Nachteil auf sich nehmen muß. Daß dies die Arbeiter sein werden, werden wohl die Befürworter für die ungeteilte Arbeitszeit nicht bestreiten wollen. Letztweise erbringen sie in ihren eigenen Angaben selbst den Beweis dafür, daß die Arbeiter gegenüber den Unternehmern bedeutend benachteiligt sind, und in der Tat steht es auch unbestritten fest, daß dem Unternehmer Vorteile in Form von Erparnissen und teilweise in der Betriebsweise durch Nichterparnis usw., sowie auf anderen Gebieten entstehen. Nun wird aber weiter hervorgehoben, daß die Arbeiter durch die ungeteilte Arbeitszeit leistungsfähiger werden. Wer will nun behaupten, daß der Erfolg dieser Leistungssteigerung dem Arbeiter zufällt? Auch hier beweist die Vergangenheit, daß die Unternehmer bei jeder Veränderung ebenfalls ihren Anteil haben wollten und dem Arbeiter immer nur ein kleiner Rest übrig gelassen wurde. Der Befürworter der Meinung, daß durch diese sich ergebende Leistungssteigerung unter der ungeteilten Arbeitszeit für die Arbeiter sich heute besonders viel erreichen läßt, scheint ganz vergessen zu haben, daß in dem modernen Betriebe die Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf dem höchsten Punkt angelangt ist, ohne daß dabei das einst so viel besprochene Taylor-System und erst recht nicht die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit vor sich gegangen ist. Es darf doch nicht vergessen werden, daß fast in allen Betrieben der Arbeitsprozeß so raffiniert berechnet und kalkuliert ist und jede Neuerung eines Arbeitstages zur Zeitfestsetzung und Herleitung mit der Stoppuhr erfolgt, also eine noch weitere Anspannung der Arbeitsleistung und Arbeitskraft durch eine ungeteilte Arbeitszeit vollständig ausgeschlossen ist. Man erkennt also daraus, daß im Gegenfall zu all den süßen Worten, mit denen die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit gepriesen wird, democh die Nachteile der ungeteilten Arbeitszeit durch die vielen unbestreitbaren Nachteile ausgeglichen werden. Nur weiß man auf die bewährte Einführung in Amerika hin. Amerika ist aber — wie in so vielen Punkten — auch hier mit Deutschland nicht zu vergleichen. Man wird wohl nicht behaupten können, daß wir die dortige Arbeits- und Lebensweise, gesellschaftlich und sozial uns als Muster vorzustellen könnten. Darüber weitere Worte zu verlieren, erübrigt sich, und wäre denen, die es nicht glauben, zu empfehlen, sie möchten „Eines Arbeiters Weltreise“ herausgegeben von Hammer, lesen. Dort werden sie finden, daß wir die Verhältnisse in Amerika in diesem Punkte nicht als Vorbild dienen lassen können.

Die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit bedeutet einen tiefen Schnitt ins Gesellschaftsleben. Die ganze bestehende Art und Sitten müßte sich dieser Neuerung anpassen, sollte überhaupt nur der kleinste Vorteil für die Arbeiterchaft herauspringen. Zum Beispiel: Ein Arbeiter mit einer Familie, wo schulpflichtige Kinder sind, hat seine tägliche Arbeitszeit um 5 Uhr nachmittags beendet. Da er seinen Wohnsitz nicht am Arbeitsplatz hat, sondern 1 Stunde entfernt wohnt, so kommt er erst nach 6 Uhr abends nach Hause und kann dann, nachdem er morgens um 6 Uhr von dort zur Arbeitsstelle gegangen, erst seine Hauptmahlzeit einnehmen. Nun muß die Frage aufgeworfen werden, die bisher von dem Verfasser der Neuerung nicht berücksichtigt wurde: Was soll die Frau mit ihren Kindern anfangen, die um 11 Uhr oder um 12 Uhr aus der Schule kommen, die wachsen und sich entwickeln sollen. Soll nun die Hausfrau denselben sagen: „Ihr wart mit dem Essen bis abends 6 Uhr; wenn der Vater von der ungeteilten Arbeitszeit nach Hause kommt, dann erst wird gegessen!“ Die Frauen würde dabei am schlechtesten westommen. Es könnte nun der Einwand erhoben werden, daß es selbstverständlich die Sache gelte, daß mit der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit die notwendigen Änderungen auf den anderen Gebieten ebenfalls erfolgen müßten. Dies wird aber leider nicht der Fall sein. Erstens kommen dabei außer der Arbeiterchaft andere Schichten der Bevölkerung zur Lösung der Frage in Betracht. Um nun bei dem Beispiel der Kinder zu bleiben, sei der Lehrerkollegium zum Vergleich herangezogen.

Wer will einem Lehrer zumuten, daß er ununterbrochen in ungeteilter Arbeitszeit seine täglichen Schulfunden erledigen wollte, ganz abgesehen davon, daß solches eine Anforderung an die Kinder stellen würde, die bei gesunder Bädigung der Dinge vollständig ausgeschlossen erscheint. Genau so benachteiligend und störend in der Gesundheit ist es für die Arbeiter ebenfalls. Der durch eine entsprechende Mittagspause einigermaßen erholt Arbeiter wird weit besser in der Lage sein, die tägliche Arbeitszeit zu verrichten, ohne seine Gesundheit dabei zu beeinträchtigen. Man mag über die „gute alte Zeit“ denken wie man will, aber das eine muß gesagt werden, was ihrem irdischen Wohl und zur Erhaltung ihrer Gesundheit dienlich war, hat man dort immer zu wahren gewußt.

In Industriebezirk Göttingen-Bezingen, wie auch jedenfalls in vielen anderen Industriebezirken besteht zum Beispiel noch eine durchschnittliche 58stündige Arbeitszeit die Woche. Diese Arbeitszeit unter gleichzeitiger Veranlassung des freien Samstagmorgens so ungeteilt auf die übrigen Arbeitstage zu setzen, brächte wahrlich keinen Vorteil für die Arbeiter. Nun werden die Befürworter der

Neuerung den Einwand erheben, diese Arbeitszeit ist zu lang. Sie muß verkürzt werden usw. Aber gerade die Herabsetzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 58 Stunden auf höchstens 48 Stunden wird wohl kaum auf einmal zu erreichen sein.

Unser Verband in der 153. Kriegswoch

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in Verband während der 153. Kriegswoch ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Zwölf erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungstellen: Kalitor, Blankenburg a. S., Werbau, Langenmünde, Cuxhaven, Osterholz-Scharmbeck, Netersen, Walstede, Webel-Schulau, Vörrach, Ingolstadt und Kempfen.

Übersicht über die Zeit vom 1. bis zum 7. Juli 1917.

Table with 11 columns: Nr., Verwalt. Stellen, Mitgl. abg., Davon vom Heer, Davon abg., Davon zum Heer, Davon abg., Davon zum Heer, Summe, Ausg. für Arbeitslosent., Summe. Rows 1-11 and a total row.

Einrückten der im Laufe der Woche Zugeworbenen, Neuaufgenommenen und vom Heer Entlassenen.

In der Berichtswoche wurden (außer Berlin) 4427 neue Mitglieder aufgenommen. 655 Mitglieder wurden mehr zum Heer eingezogen als entlassen.

4931 Mitglieder = 1,6 n. S. waren krank gemeldet, an die 17485 M. Unterstützung ausbezahlt wurden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 29. Juli der 31. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. Juli bis 4. August 1917 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts gefordert:

Der Verwaltungsstelle Weidmann ab 1. August 1917 für weibliche und jugendliche Mitglieder 10 % die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Das nachfolgend genannte Mitglied wird aufgefordert, sich wegen der gegen ihn beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gelsenkirchen:

Der Dreher Johann Pfeiffer, geboren am 5. September 1882 zu Dortmund, Buch-Nr. 2.445862, wegen unkollegialen Verhaltens.

Ausschließen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Solingen:

Der Federmesserschleifer Robert Meyer, geb. am 15. Januar 1865 zu Hülshof, Buch-Nr. 185985, wegen Streiftbruch.

Wieder aufgenommen werden darf:

Der Former Johann Fofchinski, geb. am 26. Mai 1860 zu Dirschau. (Bremerhaven.)

Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Bremen. Am 10. Juli tagte bei Meyer in Gröpelingen eine Versammlung der Metallarbeiter der Maschinenfabrik 'Weser'. Der Bevollmächtigte Schiele, der das Referat übernommen hatte, führte folgendes aus: Auf Antrag der Metallarbeiter haben wir eine Erhebung der Verdienste der Metallarbeiter in den einzelnen Betrieben veranstaltet und dabei festgestellt, daß auf der Werkstätte die Metallarbeiter am schlechtesten gestellt sind, so daß ihre Verdienste unbedingt einer Aufbesserung bedürfen.

nicht besser. Wenigstens werden auch hier keine Löhne bezahlt, wie sie Metallarbeiter heute bedürfen. Nebenher wird am Schluß noch die Organisationsverhältnisse der Werkstätten und der Arbeiter und zieht den Schluß, daß auch die Arbeiter während des Krieges ihre Organisation nicht vernachlässigen dürfen, wenn sie mit den Zeitverhältnissen Schritt halten wollen.

Bromberg. Die am 8. Juli von der Ortsverwaltung einberufene Generalversammlung war von etwa 120 Kollegen und Kolleginnen besucht. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht vom 1. Quartal, konnte vom Kollegen Jerric mit Genehmigung bekanntgegeben werden, daß die von den Kollegen geleistete Agitationsarbeit nicht umsonst gewesen sei.

Dessau. In der Vertrauensmännerversammlung unserer Verwaltungsstelle, die am 8. Juli im Tivoli stattfand und von 65 Kollegen besucht war, berichtete der Kollege O. Fischer über die Verhandlungen des Verbandstages in Köln. Eine Aussprache wurde nicht gewünscht. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute, am 8. Juli, im Tivoli zu Dessau versammelten Vertrauensmänner des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Verwaltungsstelle Dessau erklären sich mit den in Köln gefassten Beschlüssen und dem vom Vorstand getroffenen Maßnahmen einverstanden.

Endenwalde. Die am 10. Juli abgehaltene Versammlung nahm die Abrechnung für das zweite Vierteljahr entgegen. Es wurden 111 Mitglieder aufgenommen, darunter 26 jugendliche, 68 weibliche. Der Gesamtzugang betrug 144, darunter 16 vom Militär Entlassene; der Abgang 102, darunter 55 zum Militär. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 1001 auf 1043. Seit 1914 eingezogen 827 Mitglieder.

nach Rücksprache des ersten Bürgermeisters mit der zuständigen Behörde vertagt werden soll, wie der erste Bürgermeister dem Bevollmächtigten durch Besuch im Büro am Tage der Versammlung mitgeteilt hatte.

Kohrleger.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für Juni 1917.

Table with 5 columns: Berufe, Arbeitslos waren am 1. Juni 1917, Arbeitslos gemeldet haben sich vom 1. bis 30. Juni 1917, In Arbeit vermittelt vom 1. bis 30. Juni 1917, Arbeitslos waren noch am 30. Juni 1917. Rows: Gas- u. Wasser-Kohrleger, Gelfer, Heizungsmonteur, Gelfer, Zusammen.

Werkarbeiter.

Hamburg. Eine Rieserversammlung aller auf der Hamburger Seeschiffwerften beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter tagte am 9. Juli im Gewerkschaftshause. Der große Saal mit all seinen Nebenzimmern, seiner Galerie und Wandelhalle war dicht besetzt. Kaum die Begehrten noch Einlaß und mußten wieder umkehren. Die Versammlung, die im Auftrage der Vertrauensleute abgehalten wurde, wies folgende Tagesordnung auf: Einleitung einer neuen Lohnbewegung auf den Hamburger Seeschiffwerften. Die Versammlung stand wider Erwarten unter polizeilicher Beobachtung, auch wurde, wie man uns mitteilte, das Militär der Garnison Altona, Wandsbef und Hamburg unter Alarmbereitschaft gehalten, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß seit zwei Tagen ältere unkontrollierbare Gerüchte kursieren, als wenn diese Versammlung eigens zu dem Zwecke einberufen würde, um den allgemeinen Streik für die Werften zu beschließen.

